

Birger Thomas Hansen

Europäisierung des Gewaltmonopols

**Die Staatsfundamentalaufgaben
Sicherheit und Freiheit und
die Implikationen ihrer
Denationalisierung im Raum
der Freiheit, der Sicherheit
und des Rechts**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
A. Einleitung.....	13
B. Sicherheit und Freiheit als interagierende Zentralmotive	
europäischer Staatsentwicklung	23
I. Die Staatsaufgabe Sicherheit	23
1. Allgemeines.....	23
2. Gesellschaftlich-historische Determinanten	25
3. Definitionen und Abgrenzungen zu einem	
sich wandelnden Begriff	30
II. Die Staatsaufgabe Freiheit	33
1. Allgemeines.....	33
2. Gesellschaftlich-historische Determinanten	35
III. Der Ausgleich von Sicherheit und Freiheit als politisches	
und gesellschaftliches Leitthema des frühen 21. Jahrhunderts	37
C. Die Europäisierung der Staatsaufgaben Sicherheit und Freiheit.....	47
I. Die Europäisierung von Sicherheit und Freiheit auf	
der Zeitachse der europäischen Integration	49
1. Die EGKS – sektorale Hochzonung äußerer Sicherheit	50
2. Die Römischen Verträge – umfassende	
ökonomische Integration.....	51
3. Die Einheitliche Europäische Akte	52
4. Der Unionsvertrag von Maastricht.....	53
5. Der Vertrag von Amsterdam.....	54
6. Der Vertrag von Nizza.....	55
7. Der gescheiterte Vertrag über eine Verfassung für Europa	58
8. Der Reformvertrag von Lissabon.....	59
a.) Struktur und Konzeption.....	59
b.) Im Kontext bedeutsame Einzelregelungen	61
II. Zwischenergebnis.....	63

D. Der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als territoriale Grundlage und das Rechtsstaatsprinzip als Steuerungsmodus im Rahmen des Ausgleichs von Freiheit und Sicherheit	67
I. Europa, die Union und das Denken in Räumen	69
II. Die Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	70
1. Die Vorläufer	71
a.) Bis zum Vertrag von Maastricht	71
b.) Der Vertrag von Maastricht	73
2. Begründung und Konsolidierung	74
a.) Der Vertrag von Amsterdam als Geburtsstunde des Sicherheits- und Freiheitsraums	74
b.) Der Vertrag von Nizza	76
3. Vergemeinschaftung und visionärer Aufbruch	76
a.) Der Verfassungsvertrag	77
b.) Der Vertrag von Lissabon	77
aa.) Struktur und Konzeption	79
bb.) Materieller Inhalt und Auftrag – eine Justiz- und Innenpolitik für die Union	79
cc.) Rechtliche Umsetzung – (lückenhafte) Vergemeinschaftung	80
4. Zwischenergebnis	81
III. Die Bedeutung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	82
1. Der theoretische Auftrag – Ausgleich von Freiheit und Sicherheit mittels des Rechts(-staatsprinzips)	82
a.) Das Raumelement als kollektiv gesicherte Territorialgrundlage	82
b.) Der Ausgleich von Sicherheit und Freiheit	84
2. Das konzeptionelle Integrationspotential	88
a.) Das Verhältnis zum Binnenmarkt und weiteren europäischen Räumen	89
b.) Der steigende Individualbezug	93
c.) Die Problematik ausufernder Differenzierung	95
3. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Integrationsrealität und in der Wahrnehmung durch die Unionsbürger	96

4. Von Amsterdam und Tampere bis Lissabon und Stockholm – die Karriere einer Unionspolitik auf der Suche nach dem verlorenen Bürger	99
E. Die Europäisierung von Sicherheit und Freiheit und deren Auswirkungen auf das tradierte Gewaltmonopol des Staates	
I. Staat – Staatlichkeit – Souveränität – Staatsgewalt: Begriffsorientierungen mit Blick auf das Gewaltmonopol des Staates	104
1. Staat.....	104
2. Staatlichkeit.....	109
3. Souveränität	112
4. Staatsgewalt	114
II. Inhalt und Bedeutung des Gewaltmonopols	115
1. Zum Inhalt des Gewaltmonopols	117
a.) Die innerstaatliche Dimension	119
aa.) Friedenspflicht der Bürger und Schutzpflichten des Staates – theoretische wie praktische Dimensionen	122
bb.) Praktische Konsequenzen – der zur Vertragstreue angehaltene Staat.....	126
cc.) Wirtschaftlich, politisch und religiös motivierte Gewalt als Beispiele dafür, wie Staatsschuldenkrise und globalisierungsbedingte Wertekonkurrenz das Gewaltmonopol in seiner funktionalen Integrität bedrohen.....	130
b.) Die äußere Dimension	137
c.) Die supranational-unionsrechtliche Dimension	138
aa.) Die Kompetenz zur unmittelbaren Ausübung physischen Zwangs („Befugung und faktische Befähigung“)	142
bb.) Die Entscheidung über das „Ob“ physischen Zwangs	143
cc.) Die Entscheidung über das „Wie“ des physischen Zwangs	144
2. Zur Bedeutung des Gewaltmonopols	145

III. Die Europäisierung als Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur autonomen Aufgabe ihres Gewaltmonopols	147
1. Die Lissabon-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Ein Zeugnis unbeirrbarer Festhaltens am altländischen Staatsideal?.....	147
a.) Die Hinwendung zu einem modernen Souveränitätsverständnis	149
b.) Das Festhalten an der Integrität des Gewaltmonopols	151
c.) Mögliche Implikationen der entwickelten Identitätskontrolle	153
2. Zur Frage der Aufgabe des staatlichen Gewaltmonopols	155
a.) Die Kompetenz zur unmittelbaren Ausübung physischen Zwangs.....	155
aa.) Exekutivbefugnisse der Kommission	155
aaa.) Allgemeines	155
bbb.) Das Urteil des EuGH in den verb. Rs. 46/87 und 227/88 (Hoechst)	156
bb.) Europäische Agenturen, Ämter und Dienststellen.....	158
cc.) Europäischer Haftbefehl, Europäische Ermittlungsanordnung und Schengen-Acquis	161
dd.) Zwischenergebnis – keine genuine Zwangsbefugung der Union	163
b.) Die Entscheidung über das „Ob“ des physischen Zwangs.....	164
aa.) Untersagung der Zwangsausübung aus Europarecht	164
aaa.) Untersagung des Zwangs durch Normen des Unionsrechts.....	165
bbb.) Untersagung des Zwangs in der EuGH-Rechtsprechung.....	165
(1.) Das Urteil des EuGH in der Rs. 82/71 (SAIL)	166
(2.) Das Urteil des EuGH in der Rs. 269/80 (Tymen)	167
bb.) Die Verpflichtung zur Zwangsausübung aus Unionsrecht	167
aaa.) Die Pflicht zum Zwang infolge Unionsrechtsnormen und unionsrechtlich determinierter nationaler Normen	168

bbb.) Die Figur der <i>Implied powers</i> als Ausdruck einer ambivalenten Wegbereitung durch die Rechtsprechung des EuGH	169
(1.) Das Urteil des EuGH in der Rs. 8/55 (Fédéchar).....	171
(2.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-176/03 (Umweltstrafrecht).....	173
(3.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-440/05 (Meeresverschmutzung).....	175
(4.) Festigung der Rechtsprechung durch Sekundär- und Primärrecht.....	176
ccc.) Etablierung eines einheitlichen europäischen Strafrechts	179
ddd.) Der Europäische Haftbefehl.....	182
eee.) Die Pflicht zur Zwangsanwendung in der weiteren Rechtsprechung des EuGH	184
(1.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-217/88 (Tafelwein)	184
(2.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-265/95 (Agrarblockaden)	185
cc.) Der Zwangsanwendungs- und Zwangsunterlassungsbefehl in einer Rechtsgemeinschaft.....	187
aaa.) Die Bedeutung freiwilliger Rechtsakzeptanz	187
bbb.) Die Bedeutung von Durchbrechungen der freiwilligen Rechtsakzeptanz.....	191
c.) Die Entscheidung über das „Wie“ des physischen Zwangs	193
aa.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-299/95 (Kremzow).....	194
bb.) Das Urteil des EuGH in der Rs. C-617/10 (Åkerberg Fransson).....	195
d.) Zwischenergebnis	197
e.) Das „geteilte Gewaltmonopol“ – ein nicht nur etymologischer Widerspruch	200
f.) Die Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols	206
aa.) Die Möglichkeit des Austritts aus der Union	207
bb.) Die Ermangelung echten Bundeszwangs	209
g.) Ergebnis – die Europäisierung des staatlichen Gewaltmonopols als freiwillige Beschränkung der mitgliedstaatlichen Souveränität	211

F. Die mögliche Entstehung eines europäischen Gewaltmonopols	215
I. Das Schicksal des aufgegebenen staatlichen Gewaltmonopols	215
1. Die mögliche Auflösung des Gewaltmonopols	215
a.) Horizontale Pluralisierung	216
b.) Vertikale Pluralisierung	217
c.) Auflösung in Form völliger Erosion	219
2. Die Überleitung auf einen neuen Träger	220
a.) Das Konzept des Staatenverbundes	222
b.) Das Konzept des Verfassungsverbundes	224
c.) Der Staaten- und Verfassungsverbund	228
3. Die Wahrnehmung durch Bürger und Öffentlichkeit	231
4. Zwischenergebnis	233
II. Das Ende der Nationalstaaten und der Beginn europäischer Staatlichkeit?	236
1. Neue Diskussionsdynamik durch Verfassungsvertrag und Vertrag von Lissabon	237
2. Zur Frage der Staatsqualität der Union als einheitlicher Rechtspersönlichkeit	239
a.) Die Ermangelung der Kompetenz-Kompetenz	240
b.) Die Möglichkeit des Austritts aus der Union im Kontext europäischer Staatswerdung	240
3. Zur Frage der Staatsqualität der Union als Staaten- und Verfassungsverbund	241
4. Zwischenergebnis	243
III. Mögliche Risiken der aufgezeigten Entwicklung	246
1. Die Aufgabe des staatlichen Gewaltmonopols – ein Rückschritt in vorstaatliche Zustände?	248
2. Die Europäisierung der Sicherheit als Rückzug des Staates	249
3. Der drohende Verlust des breiten Konsenses über die Integration	254
4. Die Gefahr eines Machtvakuumms im Falle der Handlungsunfähigkeit der Union	263
IV. Ergebnis: Das europäisierte Gewaltmonopol – eine gleichermaßen folgenreiche wie fragile Schöpfung des Rechts	269
G. Zusammenfassendes Ergebnis und Schlussbetrachtung	271
H. Thesen	281
I. Literaturverzeichnis	287